



Pressegespräch „Tierwohl verträgt kein Zögern mehr.“ Berlin, 27.11.2018

Statement von Ulrike Höfken, rheinland-pfälzische Umweltministerin

„Die Verzögerungspolitik der Bundesministerin hat nun dazu geführt, dass die Handelskonzerne selbst das Heft des Handelns übernommen haben und den Tierhaltern die Vorgaben machen. Da versagt die Politik. Das Bundesernährungsministerium sieht auch nach jahrelanger Ankündigungspolitik nur ein freiwilliges Label vor. Was wir brauchen, ist ein verbindliches staatliches Tierwohllabel, wie es selbst der Lebensmitteleinzelhandel fordert, um Wettbewerbsverzerrungen auch zu Lasten unserer Landwirtschaft zu vermeiden.“ Zudem müsse ein Label leicht verständlich sein, um für die Verbraucherinnen und Verbraucher an der Ladenkasse für tatsächliche Transparenz zu sorgen, so Höfken weiter. „Das Label des Bundes läuft hier in die entgegengesetzte Richtung: Die Entwürfe der Bundesregierung sind kompliziert und nicht nachvollziehbar – die einzelnen Kriterien für das geplante dreistufige Tierwohllabel liegen den Ländern noch nicht einmal vor. Dabei liegt die Lösung längst auf dem Tisch: Die vierstufige Haltungskennzeichnung bei Frischeiern ist bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern bekannt und etabliert. Daher setzt sich Rheinland-Pfalz im Bundesrat seit Jahren für eine einfache Haltungskennzeichnung für Frischfleisch analog des Eierkennzeichnungssystems ein. Dazu haben die Länder schon vor drei Jahren ein Konzept vorgelegt. Dieses berücksichtigt auch die Bio-Zertifizierung in der höchsten Stufe. Inhaltlich notwendig ist, dass diese Systematik von der Bundesregierung übernommen wird. Denn ‚Bio‘ ist der einzige EU-weit gesetzlich festgeschriebene Standard für mehr Tierwohl. Die Vorschläge der Bundesländer werden jedoch vom Bundesernährungsministerium in dem Planungsprozess des Tierwohllabels ignoriert“, kritisierte die Umweltministerin.

Die Bundesregierung erwecke den Anschein, dass sie mit einem intransparenten, freiwilligen Tierwohllabel, die Herausforderungen in der Nutztierhaltung lösen wolle. Das könne nicht funktionieren. Denn eine Kennzeichnung gebe den Verbraucherinnen und Verbrauchern lediglich Informationen über die Art der Haltung. Rahmenbedingungen und rechtlichen Grundlagen für eine bessere Nutztierhaltung müsse hingegen der Bund – nicht ein Label – schaffen, führte Höfken abschließend an.